

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 20 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Zeile 100 Pfg., von auswärts 125 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten bei 2-spaltiger Zeile 75 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8200.

Nr. 127

Donnerstag, den 3. Juni 1920

11. Jahrgang

Neue Danziger Politik.

Danziger Volkstags-Politik.

Nach der neuesten Meldung steht es nunmehr endgültig fest, daß der am 16. Mai gewählte erste verfassunggebende Danziger Volkstag seine Beratungen am 14. Juni beginnt. Oberkommissar Lomer hat sich nach dem Vorschlage des Staatsrates ebenfalls für diesen Termin entschieden. Somit beginnt schon in allerhöchster Zeit die Arbeit des ersten demokratischen Parlaments, das überhaupt jemals im Freistaat Danzig getagt hat. Unser erster Freistaat war bekanntlich eine Patrizier-Republik. Der zweite, dessen kümmerliches Dasein nur von 1807 bis 1814 dauerte, existierte ausschließlich nur von Gnaden der französischen Militärbherrschaft.

Am 14. Juni 1920 tritt zum erstenmal ein Danziger Parlament in Kraft, das frei vom ganzen Volke gewählt worden ist. Seine Aufgaben haben in dem Wahlkampf, der es schuf, leider nicht die Rolle gespielt, die notwendig gewesen wäre. Außer der Sozialdemokratie lenkte keine Partei die Wähler mit dem gebotenen Nachdruck auf das, was der staatsrechtliche Neubau Danzigs fordert.

Jetzt stehen wir nach den Wahlen unmittelbar vor der Eröffnung der Verhandlungen des Volkstages. Jetzt geht es nicht länger mit dem Schweigen des Wahlkampfes. Jetzt muß gesprochen und vor allem gehandelt werden. Jetzt wird die Lat gefordert statt der Phrase, und zwar immer unter der für gewisse Volkstreue sehr wenig erbauenden Aussicht, daß das Volk Danzigs bei der Neuwahl schon in wenigen Monaten sein Urteil über das Gesehene oder Nichtgesehene spricht.

Bisher liegen zwei öffentliche Äußerungen über das, was der Volkstag soll und was man von ihm erwartet, vor. Beide haben es jedoch gemeinsam, daß sie nicht offiziell von Parteien des Volkstages ausgehen, sondern unverbindliche Privatmeinungen sind. Dies ist besonders auffällig bei den Darlegungen des Generalsuperintendenten D. Reinhard, des führenden Kandidaten der Deutschnationalen, in der Nr. 22 der „Danziger Brücke“. Er versichert einleitend sehr nachdrücklich, daß er, der doch auch Abgeordneter der Preussischen Landesversammlung ist, nur im eigenen Namen spreche und seine Fraktion nicht belasten wolle. Dieses Nichtbelasten- oder wohl richtiger Nichtbelastetsein-wollen hat augenscheinlich auch der „geschätzten Seite“ die Feder geführt, die sich am Freitag in den „Danziger Neuesten Nachrichten“, dem offiziellen Organ der „Freien Wirtschaftlichen Vereinigung“, über „Aufgaben des jungen Freistaates“ äußerte. Diesen Vorschlägen kann man aber wenigstens nicht schlichter Zurechnung nachrühmen. Sie zeichnen sich geradezu durch die geistlose Brutalität aus, die die programmatische Grundlage und das „absolut Neue“ der „F. W. V.“ überhaupt bildet.

Auch diese praktischen Vorschläge der „Neuesten Nachrichten“ gehen von der zitternden Furcht aus, daß die Danziger Freistaatherrschaft nicht lange währen dürfte, wenn nicht Eigentümern und Personen und die Fortführung des Wirtschaftslebens gesichert würden. Man versteht nicht auf den ersten Blick, wozu diese dunklen Andeutungen eigentlich zielen. Mächtig ist es doch wahrlich nicht und deutsch noch weniger, immer erst nach einem hohen Oberkommissar zu schielen, ob er auch seine Gunst dem armen Danzig zu erhalten geneigt sei. Schließlich muß man aber aus den weiteren Ausführungen notgedrungen erkennen, daß man mehr um die Bundesgenossenschaft Lomers bittet, als eine objektive Gefahr andeutet, die von jener Seite befürchtet wird. Den Auftrag der „D. N. N.“ erfüllt nämlich von Anfang bis Ende die trasse Angst vor Sozialisierungen im Freistaat. Und dagegen soll der Oberkommissar der großkapitalistisch-imperialistischen Entente schützen. Und so wenig weiß der Sachwalter des Großkapitals in den „D. N. N.“ seine Klugheit zu verschleiern, daß er den arg bedrängten Elektro-Milloniären sogar die völlig ruinierte und unrentable Straßenbahn erhalten will! Den Ruin der Stadt will er verhindern und wendet sich deshalb gegen die Sozialisierung überhaupt und allgemein. Von dem, was tatsächlich geschehen soll, schweigt dieses Sängers Höflichkeit grabestief. Die Anschulldigung der ungenügenden öffentlichen Sicherheit Danzigs hat doch auch ganz gewiß nichts mit der parlamentarischen Arbeit des Volkstages zu tun. Die kleine „Liebenswürdigkeit“, die sich darunter versteckt, ist ja so deutlich erkennbar, daß sie sich selber widerlegt.

Generalsuperintendent Reinhard schreibt noch mehr in nur allgemeinen Andeutungen. — Er wünscht, daß der deutsche Gedanke die Grundlage zu einer neuen parlamentarischen Arbeit bis einschließlich zur Sozialdemokratie bilden könne. Dann aber erklärt er vorwiegend, daß es die freibeitliche Ausgestaltung des Geisteslebens, die in Deutschland nach der Revolution angebahnt wurde, in Danzig nicht geben könne. Kirche und Schule würden von großer Bedeutung für die Danziger Landesverwaltung sein. Große, vielleicht überragende Wählermassen wollten für Danzig keine Kulturpolitik, wie sie in Preußen von dem Doppelgestirn Haensch-Hoffmann beleuchtet wurde.

Diese sehr deutliche Kriegserklärung kommt für die Sozialdemokratie nicht überraschend. Sie wird...

männern ebenso wie den Feinden einer ehrlich sozialen Politik mit gleicher Kraft zu begegnen wissen. Die Arbeit der Sozialdemokratie im Volkstage wird getragen sein von ihrer hohen Verantwortung vor Gegenwart und Zukunft. Dieser Volkstag soll Danzigs neue Verfassung für eine gar nicht absehbare Zeit beschließen und festlegen. Der wichtigsten Generationen wegen könnte es die Sozialdemokratie niemals verantworten, wenn sie den Kampf um Freiheit und Fortschritt im Volkstage nicht mit allem Nachdruck führen würde. Mögen die Mehrheitsverhältnisse dort auch noch so unsicher sein. Deshalb geht die Sozialdemokratie nicht im geringsten von ihrer Pflicht ab. Das neue Danziger Staatswesen darf kein neuer Nachwächter des Kapitals und kein Schildhalter reaktionärer Gewissenstretung sein. Das Wohl des Volkes soll in ihm das höchste Gesetz sein. Zu dieser Forderung werden die bürgerlichen Gruppen Farbe bekennen müssen. Und wenn nicht: Bei Philippi sehen wir uns sehr bald wieder!

Englands Verhandlungen mit Rußland.

Dem Londoner „Star“ zufolge erklärte Krassin bei seiner Unterredung mit Lloyd George, daß die Getreidebestände in Rußland nicht übermäßig hoch seien, daß Rußland aber eine große Menge Lohf, Flachs, Häute und verschiedene andere Rohstoffe liefern könne. Lloyd George sprach Krassin gegenüber seine Bereitwilligkeit aus, Rußland aus seinen gegenwärtigen Schwierigkeiten zu helfen.

Nach einer Londoner Meldung soll im Laufe der Woche eine zweite Zusammenkunft des englischen Kabinetts mit Krassin stattfinden.

Das Fernbleiben Frankreichs von den Londoner Verhandlungen mit Krassin hat, wie der Londoner „Temps“-Korrespondent schreibt, dort starken Eindruck gemacht. Immerhin, sagt er, betonen auch englische liberale und sozialistische Blätter, daß England diese Verhandlungen durchaus nicht auf eigene Faust betreibe, vielmehr nur der in Paris und San Remo beschlossenen Politik gemäß handle. England wolle sich keineswegs etwa von den Verbündeten trennen, und wenn die Verhandlungen politischer Art zwischen Krassin und Lloyd George den wirtschaftlichen Verhandlungen vorausgingen, so liege es nur in der Natur der Sache, daß zu wirtschaftlichen und finanziellen Verhandlungen gewisse politische Fragen geklärt sein müssen.

Außer der Gefangenensfrage, die Lloyd George bei der Besprechung mit Krassin berührte, hat er streng auf Unterlassung jeder bolschewistischen Propaganda im Auslande bestanden. Weiter glaubt der „Temps“-Korrespondent zu wissen, daß Krassin wohl nicht unbeeinflusst von den schlechtesten Nachrichten von der Bolschewist-Front die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Polen als notwendige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Verkehr bezeichnet hat. Als zur Ausfuhr bereit soll Krassin u. a. Holz, Leinwand und Petroleum genannt haben. Die englischen Handelskreise stehen indessen allen Bestrebungen für baldigen Wiederaufbau des Handels mit Sowjetrußland nach wie vor äußerst skeptisch gegenüber.

Die deutsch-böhmische Irredenta.

Im tschechoslowakischen Parlament gab Ministerpräsident Tuzar eine Erklärung ab, die in verhältnismäßig persönlicher und entgegenkommender Weise die Frage der deutschen und magyarschen Minderheiten behandelte und auf sozialem und wirtschaftspolitischen Gebiete deutliche Spuren sozialistischer Gesetze aufwies. Die Inangriffnahme der Sozialisierung des Kohlen- und Erzbergbaues wurde angekündigt, ebenso die staatliche Kohlenbewirtschaftung. Den Polen gegenüber war in Sachen Tschens die Sprache Tuzars sehr energisch, ohne jedoch herausfordernd zu sein.

Abg. Dr. Lodgmann gab hierauf namens des deutschen parlamentarischen Verbandes eine Erklärung ab, in welcher er u. a. sagte: Als gewählte Vertreter des im tschechoslowakischen Staat unterdrückten deutschen Volkes erklären wir bei unserem Eintritt in das tschechoslowakische Parlament feierlich vor der Bevölkerung dieses Staates, vor ganz Europa und der gesamten gesitteten Welt folgendes: Durch den Friedensvertrag von St. Germain ist mitten in Europa ein Staat entstanden, welcher neben 6 1/2 Millionen Tschechen auch fast 4 Millionen Deutsche umfaßt. Vergessens haben wir versucht, das Schicksal unseres Siedlungsgebietes selbst zu bestimmen, vergebens haben wir darauf hingewirkt, daß ein so gestalteter Staat eine feste Bedrohung des europäischen Friedens bilden würde. Wir erklären daher feierlich, daß wir keines dieser Gesetze der Revolutionsversammlung als für uns verbindlich anerkennen. Wir verkünden demnach feierlich, daß wir niemals aufhören werden, das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes zu fordern.

Als letzter Redner sprach namens der deutschen nationalsozialistischen Partei Abg. Ingenieur Jung in ähnlichem Sinne, wenn auch in etwas gemäßigterem...

Die Reaktion in Ungarn.

In der Nacht vom Samstag auf Sonntag besetzte Militär das Gebäude des Organs der ungarischen Sozialdemokraten „Népszava“, und unter dem Vorwande der Hausdurchsuchung wurde die Administration und die Redaktion des Blattes fast vollständig demoliert. Am nächsten Tage ordnete die Polizei eine Hausdurchsuchung in der Redaktion und Administration der „Népszava“ an und verschleppte alle Akten, Stempeln und Briefe, die vor dem Vandalismus der Soldaten tagsvorher verschont blieben. Zugleich wurde im Rechtschuhbureau der sozialdemokratischen Partei eine Hausdurchsuchung durchgeführt und sämtliche Schriftstücke des Bureaus beschlagnahmt. Unter den Schriftstücken befanden sich etwa 5000 Protokolle über die Gewalttätigkeiten, die seit dem Monat August durch die ungarischen Militär- und Zivilbehörden an Arbeitern verübt wurden. Die beiden Leiter des Bureaus, die Advokaten Dr. Michael Racz und Dr. Leopold Györi, wurden verhaftet, und es stehen zahlreiche weitere Verhaftungen bevor.

Die deutschen Vertreter für Spa.

Brüssel, 1. Juni. (U.) Die deutsche Regierung hat dem Minister des Aeußern mitgeteilt, daß sie auf der Konferenz von Spa durch den Reichskanzler Hermann Müller und den Minister des Aeußern Dr. Köster vertreten sein wird. Die beiden Minister werden von vier Ministerialdirektoren, acht höheren und sieben unteren Beamten, drei Dolmetschern und 10 Stenotypisten begleitet sein. Frankreich wird durch Millerand und Berthelot, England durch Lloyd George und Lord Curzon vertreten werden.

Ein Vizepräsident für Frankreich.

Paris, 1. Juni. „Petit Journal“ versichert, daß in hohen politischen Kreisen die Frage einer Einberufung des Kongresses der Kammern aufgeworfen worden ist. Dieser Kongress würde eine Verfassungsänderung bezwecken und namentlich die Stelle eines Vizepräsidenten zu schaffen haben. Die politischen Gruppen würden sich schon ins Einernehmen setzen, um den Verhandlungsgegenstand des Kongresses auf die Schaffung des Postens eines Vizepräsidenten zu beschränken.

Friedensschluß Litauen-Sowjetrußland.

Kowno, 31. Mai. (Uta.) Samstagabend feierte ein Teil der litauischen Friedensdelegation unter Führung des Präsidenten der Delegation, Naruskewichus aus Moskau nach Kowno zurück. Unter den Zurückgekehrten befanden sich die Delegationsmitglieder Bizauskas und Siemaska, die Sachverständigen Hauptmann Alecsingkas, Major Lutkus und Ingenieur Grinkewichus, sowie einige jugendliche Angehörige des technischen Personals. In zwei gestern abgehaltenen Sitzungen erstatteten die Delegierten der Regierung und dem Ausschuss der Konstituante für auswärtige Angelegenheiten ausführlich Bericht über die Verhandlungen in Moskau. Es ist zu erwarten, daß die Friedensverhandlungen zu den gewünschten Resultaten führen werden.

Kowno, 31. Mai. (Uta.) Bei der Rückreise aus Moskau wurden bei der litauischen Grenzstation Rosanowstaja auf den Zug der litauischen Delegation aus einem unbekanntem Flugzeug vier Bomben abgeworfen, von denen eine in der Nähe des Zuges explodierte. Niemand Ansehens nach handelt es sich hier um ein Mißverständnis.

Die weissen Umtriebe.

Hannover, 1. Juni. Auf Veranlassung des Genossen Reinert ist am Montag nachmittag durch die Sicherheitspolizei ein deutsch-hannoversches Waffendepot in Wülfling ausgehoben worden. Bei dem Landwirt Wülfling, Mitglied der Deutsch-hannoverschen Partei, fand man 164 Gewehre, 20 Seitengewehre und 1000 Schuß Munition.

Das energische Vorgehen Reinerts entfesselt den weissen Schimpf. Oberstleutnant v. ... ist darüber, daß Reinert Dokumente, die v. Berger abhandeln gekommen seien, benutzt habe. Das Wohl der Allgemeinheit geht wohl dem Gehimmis einer unbehüteten Aktenmappe vor!

Der hannoversche „Volkswille“ teilt mit, daß die bisher für das Helfenorgan „Deutsche Volkszeitung“ aufgewandten Zuschüsse in Höhe von zirka 500 000 Mk. von dem Freiherrn von Wangenheim gezahlt worden seien, die dieser vom Herzog von Cumberland erhalten habe.

Frankreich gegen russische Verhandlungen.

Nach den Pariser Morgenblättern vom 1. Juni hat die französische Regierung der englischen Regierung gestern eine Note überreichen lassen, in der sie auseinandersetzt, warum sie sich durch ihren Vorkämpfer bei den Verhandlungen, die in London mit dem Vertreter der Sozialrepublik Krassin...

Trennungserklärung der Berliner Garnisonen.

Das Reichswehrministerium teilt mit. Aus Anlaß der zahlreichen Vorstellungen...

Der Reichswehrminister erwidert darauf. Mit der Erklärung nehmen wir die Verantwortung...

Einigungsverhandlungen im Herbststreik.

Die Einigungsverhandlungen zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern im Textilgewerbe...

Das Steigen der deutschen Valuta.

Aus London wird gemeldet. Die letzten Tage haben die Kurse unter dem Einfluß des Steigens...

Bittere Lehren für die Unabhängigen.

Am 30. Mai fanden die Wahlen zum Landtag im Reichstag statt. Sie waren nötig geworden...

Table with 2 columns: Party Name and Votes. Includes Unabhängige, Sozialdemokraten, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Reichsnationalist, and Bauernbund.

In Folge hatten die Unabhängigen bis jetzt die Mehrzahl...

Zwischen Himmel und Erde.

Komik von Otto Schmitz. (Fortsetzung.)

Die Jungfrau im Himmel... Der Herr sprach zu dem Engel...

als ein Viertel ihrer Wähler sind ständig geworden...

Das Reichswehrministerium bestreitet die alte Erklärung...

Die Schwerindustrie haucht weiter.

Die Arbeiter der Firma Otto Richter...

Das Reichswehrministerium bestreitet die alte Erklärung...

Es wird der Arbeiterfrage nur möglich sein...

Wie die Welfen arbeiten.

Berlin, 29. Mai. In einem Bericht über hannoversches...

Die Freiheit des Religionsunterrichtes

In der Schule ist eine Erziehung der deutschen Revolution...

Wie dieses Verfahren Kinder einschüchtern, verängstigt...

Die Arbeitslosigkeit in Danzig. Am 1. Juni betrug die Zahl...

Der Streik der polnischen Reisküchler dauert ununterbrochen...

Ein polnischer Vorkontrollleur getötet. Gestern morgen gegen...

Der Versuch der Selbsttötung machte der Kaiser Johannes...

Zur Sicherung des Schiff- und Ladeverkehrs auf den städtischen...

Der Herr sprach zu dem Engel. Der Herr sprach zu dem Engel...

Der Herr sprach zu dem Engel. Der Herr sprach zu dem Engel...

Der Herr sprach zu dem Engel. Der Herr sprach zu dem Engel...

Die Jungfrau im Himmel. Die Jungfrau im Himmel...

Die Jungfrau im Himmel. Die Jungfrau im Himmel...

